

Krieg gegen Gaza und Libanon stoppen!

Waffenlieferungen beenden – Vertreibung und Völkermord verhindern!

Seit fast einem Jahr führt Israel im Gazastreifen einen völkermörderischen Krieg, Ende September weitete ihn die israelische Armee auf den Libanon aus. Israels vierter Krieg gegen das geschundene Land nach 1978, 1982 und 2006 droht einen Flächenbrand zu entfachen. Das israelische Regime missachtet weiterhin ungestraft UN-Resolutionen, die Waffenstillstand und ein Ende der illegalen Besatzung fordern, wie auch Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs. Mit dem Betätigungsverbot für das UN-Hilfswerk UNRWA will Israel das Leben in Gaza für Palästinenser gänzlich unmöglich machen. Das offenkundige Ziel ist eine „ethnische Säuberung“. Trotz allem wird es weiter von Deutschland und den USA politisch und militärisch unterstützt.

Die Menschen im Gazastreifen leben seit Monaten unter unvorstellbar fürchterlichen Bedingungen. Mehr als 43.000 Palästinenserinnen und Palästinenser wurden nach UN-Angaben schon durch die israelischen Angriffe getötet, über 100.000 z.T. schwer verwundet – überwiegend unbewaffnete Zivilisten, mehr als die Hälfte Frauen und Kinder.

In der gesamten, zum großen Teil zerstörten Enklave fehlt es an allem. Über die Hälfte der 2,3 Millionen Bewohner steht laut UNO bereits vor dem Verhungern. Weit mehr Menschen als durch Bomben und Granaten starben daher aufgrund des Zusammenbruchs der Versorgung, verschmutztem Trinkwasser, zerstörter Infrastruktur und Krankenhäusern. Ermittlungen US-amerikanischer Mediziner zufolge, die vor Ort Hilfe leisteten, sind schon mehr als 60.000 Menschen seit Oktober letzten Jahres an Unterernährung, Seuchen und fehlenden Behandlungsmöglichkeiten gestorben.

Die Gewalttaten der Hamas und anderer palästinensischen Gruppen am 7. 10. 2023 können die ein Vielfaches mörderischere Gewalt Israels niemals rechtfertigen, die zudem, Aussagen israelischer Regierungsmitgliedern zufolge, auf Vertreibung, wenn nicht Vernichtung, der Gaza-Bewohner zielt.

„Ethnische Säuberung“ oder Völkermord?

Der **Internationale Gerichtshof (IGH)** hat daher auch die von Südafrika vorgebrachte **Völkermordanklage** für **begründet und „plausibel“** erklärt und Israel angewiesen, alle entsprechenden Handlungen einzustellen, insbesondere das rücksichtslose Töten von Zivilisten und die „vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen“, die die vollständige „physische Vernichtung“ der Bevölkerung Gazas herbeiführen können.

Israel ist diesen verbindlichen Anordnungen bisher nicht nachgekommen, sondern setzt den Krieg erbarmungslos fort. Der IGH-Entscheid verpflichtet jedoch auch die Verbündeten Israels, alles zu tun, um schon die bloße Möglichkeit eines Völkermords auszuschließen. Weitere **deutschen Waffenlieferungen** müssen daher als **Beihilfe** gewertet werden.



Der Vorwurf, Israel begehe Völkermord, wird hierzulande als unbegründet oder überzogen zur Seite gewischt. In der Tat reichen die horrender Opferzahlen und das Aushungern der Bevölkerung dafür nicht aus. Sie sind zwar klare Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, also Kriegsverbrechen. Als Völkermord gelten sie aber nur, wenn auch die Absicht nachgewiesen werden kann, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören – auch durch Vertreibung.

Viele westliche Experten, die dies im Dezember 2023 noch für abwegig hielten, sehen mittlerweile die Anzeichen dafür sich verdichten – besonders durch das Verbot der weiteren Arbeit des Palästinenser-Hilfswerk UNRWA.

Israel wirft dem UNRWA vor, von der Hamas unterwandert und an der Offensive vom 7. Okt beteiligt gewesen zu sein. Eine unabhängige Untersuchungskommission der UNO hat die Anschuldigungen jedoch im April zurückgewiesen.

Das UNRWA ist für das Leben aller Palästinenser essentiell, für die Bevölkerung in Gaza aber überlebenswichtig. Andere Organisationen können es weder kurz- noch mittelfristig ersetzen. Sein Verbot ist ein beispielloser Verstoß gegen das Völkerrecht und Missachtung des IGH-Entscheids bezüglich der Völkermordanklage.

UN-Generalsekretär António Guterres sprach zwar in seiner Verurteilung des Verbots nicht von Völkermord, aber von der Gefahr einer "ethnischen Säuberung". Doch wenn die Bevölkerung nicht nur an einen anderen Ort vertrieben werde, sondern in eine ausweglose Lage gebracht werde, so der Frankfurter Völkerrechtler Matthias Goldmann, könne auch diese in einen Genozid umschlagen.

„Plan der Generäle“

Im Norden Gazas wird allem Anschein nach auch schon der sogenannte „Plan der Generäle“ umgesetzt, der darin besteht, den nördlichen Gazastreifen mit Hilfe einer kompletten Unterbindung der Zufuhr von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Wasser weitgehend menschenleer zu machen und dann endgültig „zu säubern“. Dieser Plan wurde im September von Generalmajor a.D. Giora Eiland dem israelischen Kabinett vorgelegt: „Wir müssen den Bewohnern des nördlichen Gazastreifens mitteilen, dass sie eine Woche Zeit haben, das Gebiet zu evakuieren, das dann zu einer Militärzone wird, in der jede Person ein Ziel darstellt und in die vor allem keine Vorräte mehr gelangen.“ Ab 7. Oktober wurden der Bevölkerung in Nord-Gaza „Evakuierungsbefehle“ erteilt.

Krieg gegen den Libanon

Israel hat die Angriffe der libanesischen Hisbollah, mit der diese den Druck zu einem Waffenstillstand in Gaza zu erhöhen sucht, stets mit ungleich tödlicheren Bombardements beantwortet. Nun hat sie diese zu einem regelrechten Krieg gegen den Libanon ausgeweitet. Auch dieser richtet sich nicht allein gegen den militärischen Gegner, sondern gegen die gesamte Bevölkerung. Ganze Wohnkomplexe wurden schon dem Erdboden gleichgemacht. An einem Tag allein wurden dabei über 550 Menschen getötet. Die libanesisische Regierung wirft Israel daher „einen Vernichtungskrieg in jedem Sinne des Wortes“ vor.

Eingeleitet wurde er von Israel durch eine **besonders perfide Art von Terror: Tausendfache Bombenanschläge per Pager und Walkie-Talkies**. Die meisten Staaten verurteilen die „terroristische Cyberangriffe beispiellosen Ausmaßes“. Berlin bleibt erneut stumm. Am 29. September warf die israelische Luftwaffe in einem beispiellosen **Terroranschlag auf Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah** 80 bunkerbrechende, 2000-Pfund schwere Bomben



Sechs Gebäude wurden beim Anschlag auf Nasrallah völlig zerstört

auf das Hisbollah-Hauptquartier ab, die mehrere Gebäudekomplexe und Wohnhäuser in Kraterlandschaften verwandelten, hunderte Unbeteiligte unter sich begrabend.

Der Krieg ist nicht bloß eine Reaktion auf die Raketen der Hisbollah. Israels rechtsextremer Kriegsmminister Gallant hatte schon im Sommer vorigen Jahres damit gedroht, Libanon „in die Steinzeit zurückzuschicken“. Die Angriffe aus dem Libanon wird Israel so nicht stoppen, im Gegenteil. Dies wäre zuvor noch durch einen Waffenstillstand in Gaza möglich gewesen.

Deutsche Verantwortung

Deutschland ist nach den USA Israels größter Waffenlieferant. 2023 stieg der deutsche Anteil auf 47 Prozent. Beide Staaten haben dadurch erheblichen Einfluss auf das ultrarechte, rassistische Regime Israels und seine Kriegsführungsfähigkeit. Der Rest der Welt ist daher empört über ihre fortgesetzte Unterstützung und fassungslos angesichts des Schweigens der großen Mehrheit der Deutschen über das verursachte Leid und die Ermordung Tausender Kinder. So wirft Namibia Deutschland Unfähigkeit vor, „Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen“.

Die SPD-Bundestagsfraktion bezeichnet das „UN-RWA-Verbot“ in einer Pressemitteilung als „nicht hinnehmbar“. Doch der von ihr gestellte Kanzler hat im Bundestag verkündet, die Waffenlieferungen an Israel und damit die Beihilfe zum mutmaßlichen Völkermord, fortzusetzen. Tatsächlich wurden dieses Jahr auch offiziell schon Rüstungsgüter für knapp 100 Mio. Euro geliefert.

Wir fordern von der Bundesregierung und ihren Verbündeten:

- Sofortiger Waffenstillstand in Gaza und Libanon! Einstellung aller Waffenlieferungen an Israel und jeglicher sonstigen Unterstützung der israelischen Kriege.
- Maßnahmen für eine ausreichende Versorgung Gazas und Einsatz für das Ende der illegalen Besatzung des Westjordanlands, Gazas und der Golanhöhen.
- Ausübung des nötigen Drucks auf Israel, u.a. durch Aussetzung seines Assoziierungsabkommens mit der EU.